

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dresdener Post: Tagesblatt Riesner.  
Zeruzul Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbauverwaltung beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptamts Reichner, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1336  
Glockstraße Riesner Nr. 52.

Nr. 15.

Mittwoch, 18. Januar 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 8.— Mark ohne Zustelgebühren. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Elben) 2.— Mark, Ortspreis 1,75 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachwehlungs- und Vermittlungsgebühr 75 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt ertücht, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Uchtlagige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung aber auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesner; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesner.

Der Rechtsanwalt Dr. Johannes Arthur Gröbe in Riesner ist zum Notar für Riesner ernannt und heute als solcher verpflichtet worden.  
Amtsgericht Riesner, den 16. Januar 1922.

Das Verzeichnis der pflichterwerbsschuldigen Mannschaften (das sind alle männlichen Einwohner von 25 bis 32 Jahren) liegt von heute ab eine Woche lang für die Beteiligten zur Einsichtnahme im Gemeindeamt aus.  
S e i d a bei Riesner, am 18. Januar 1922. Der Gemeindevorstand.

## Die Konferenz von Genua.

Wie gemeldet wird, werden außer den Vereinigten Staaten alle Nationen in Europa, insgesamt 25 an Zahl, zur Teilnahme an der europäischen Wirtschaftskonferenz in Genua am 8. März eingeladen. Lloyd George wird an der Konferenz teilnehmen und man erwartet, daß er etwa zwei Wochen von England abwesend sein wird. Seine Ratgeber in Wirtschaftssachen werden sein Sir Robert Horne, Sir Cecil Blakett und eine Anzahl von Vertretern des britischen Schatzamtes. Angenommen, daß die Delegation und das Sekretariat jeder Nation durchschnittlich 40 Personen umfassen, werden an der Konferenz von Genua insgesamt etwa 1000 Personen beteiligt sein. Die Konferenz wird wahrscheinlich die größte bisher abgehaltene Zusammenkunft dieser Art sein. Wie verlautet, haben bereits die meisten der eingeladenen Nationen ihre Annahme mitgeteilt. Es steht noch dahin, ob die britischen Dominions auf der Konferenz vertreten sein werden. Laut Press Association sollen sie eingeladen werden, wenn sie den Wunsch ausdrücken, auf der Konferenz vertreten zu sein.

### Rußland und die Konferenz von Genua.

Wie der „Berlingske Tidende“ aus Kopenhagen telegraphiert wird, wünscht die Räteregierung bei der Konferenz in Genua folgende Fragen zur Beratung zu bringen: Bezahlung der russischen Staatsschulden, Schadenersatz für Verluste infolge der Intervention fremder Mächte, Zurückgabe der russischen Handelschiffe, die von Deutschen, Juden und Wrangel weggenommen wurden, Regelung der ökonomischen Frage, wirtschaftlicher Wiederaufbau Russlands, Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland, Regelung des Konsulatswesens und Erbrecht der Waisa- und Nationalitätenfrage. Die russische Regierung hat eine besondere Kommission unter der Leitung von Schtscherin ernannt, die diese Fragen im einzelnen ausarbeiten wird. Als Vertreter der Sowjetregierung auf der Konferenz sind Schtscherin und Sunatscharki aussersehen. Lenin wird unter seinen Umständen an der Konferenz teilnehmen.

## Die Besprechung zwischen Lord Curzon und Poincaré.

Die Agentur Havas meldet: Die Besprechung zwischen Poincaré und Lord Curzon verlief sehr herzlich. Der französische Ministerpräsident und der britische Minister des Auswärtigen prüften die beiden Regierungen vorliegenden Probleme, besonders die orientalische Frage und waren darüber einig, daß die Lösung nicht bis zum Ende des Winters verschoben werden dürfe, da die Zeit der Schneeschmelze das Wiederaufleben der Feindseligkeiten zwischen Türken und Griechen mit sich bringen könne. Der Meinungsaustausch über diese Angelegenheit wird unverzüglich auf diplomatischem Wege in Paris und London fortgesetzt werden. Stellen wird natürlich unterrichtet werden. Wenn die Frage nachgeprüft ist, werden die Minister des Auswärtigen von Frankreich und Großbritannien in Italien zusammenkommen, falls dies notwendig ist, und zwar im Januar oder Anfangs Februar, um die gemeinsamen Arbeiten festzulegen.

### Mitbestimmung in Amerika gegen Frankreich.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ schreibt: In Amerika sieht man der Ansicht, daß die Widerstände Frankreichs ernstlich, wenn nicht unheilbar, die Aussichten auf den Wiederaufbau Europas auf liberaler Grundlage gefährdeten. Man befürchtet, daß die französischen Militaristen es dahin treiben würden, durch Europa Unruhe zu stiften. Es heiße, die französische Politik werde darauf sein, daß darauf Unordnung entstehen könne und darauf sofort die amerikanischen Besatzungstruppen vom Rhein zurückziehen werde. Es könne nicht gemauert werden, daß die amerikanische Regierung gegebenenfalls sich in diesem Sinne entscheiden und das letzte Symbol der Teilnahme Amerikas an großen Kriegen und damit jede Aussicht auf unmittelbare Mitwirkung der Vereinigten Staaten bei den wirtschaftlichen Aufgaben des Friedens verschwinden lassen werde.

### Die politische Lage.

„Temps“ sieht im Hinblick auf die Unterredung, die zwischen Poincaré und Lloyd George stattgefunden hat, die politische Lage wie folgt zusammen:  
1. Weit entfernt, den gemeinsamen Sieg der Alliierten zu verleugnen, verfolgt die englische Regierung den Zweck, die nach dem Siege unterzeichneten Verträge aufrecht zu erhalten.  
2. Das französisch-englische Abkommen erschweize ihr wie den Franzosen als Grundlage jeder Politik zur Wahrung des europäischen Friedens.  
3. Der Kongreß von Genua bürde für die Entwicklung einer solchen Politik die größte Bedeutung haben.  
4. Frankreich werde seinen eigenen Interessen am besten dienen, wenn es grohmütige Gedanken in die Welt setze, sie verteidige, sich ihnen anpasse.

## Frankösischer Ministerrat.

Gestern vormittag hat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Millerand der erste Ministerrat des Kabinetts Poincaré stattgefunden. Ministerpräsident Poincaré leitete den Stand der auswärtigen Angelegenheiten auseinander und berichtete über seine Unterredungen mit Lloyd George und Lord Curzon. Der Finanzminister Laffrey teilte in seiner Darstellung der Finanzlage mit, daß er demnachst den Budgetentwurf für 1922 einbringen

gebenke. Der nächste Ministerrat wird Donnerstag stattfinden und die ministerielle Erklärung für die Kammer feststellen.

### Italien beantragt ein deutsch-atlantisches Abell.

Nach einer Meldung der „Newport Tribune“ aus Washington, beantragt Italien eines der früheren deutsch-atlantischen Abell, die seit unter französischer Kontrolle stehen. Für den Fall, daß dieser Forderung nicht stattgegeben werde, drohe Italien damit, daß es dem Sechsmächteabkommen, durch das die früheren deutschen Abell im Stillen Ozean verteilt werden, seine Zustimmung verweigere werde.

### Die Kriegsschuldigenprozesse.

Aus Paris wird gemeldet: Abgeordneter Bonnet wird den Ministerpräsidenten über die Durchführung der Resolution interpellieren, die der interalliierte Ausschuss zur Begutachtung der Leipziger Kriegsschuldigenprozesse dem Obersten Rat unterbreitet hat. — Goutenoire de Loury richtet im „Journal du Peuple“ einen offenen Brief an den Vorsitzenden der Liga für die Menschenrechte. Er fordert ihn auf, unverzüglich die große Macht, die die Liga darstelle, zu einer energischen Protestaktion gegen die Anwendung des Artikels 228 gegen die Kriegsschuldigen einzusetzen.

## Schluss des Zentrumsparteitages.

In seiner gestrigen Schlußsitzung nahm der Reichsparteitag der deutschen Zentrumspartei 3 Resolutionen an, die sich auf Oberösterreich, das Saargebiet und das besetzte Rheinland bezogen. Die Annahme der Resolutionen erfolgte auf Antrag des Reichsministers a. D. Dr. Well ebloc. In seinem Schlusswort stellte der Präsident Dr. Vorhoff, daß die Partei geschlossen hinter der Politik des Reichstanzlers stehe.

Es wird uns ferner noch gemeldet: In der gestrigen Schlußsitzung des Zentrumsparteitages hielt Reichstanzler Dr. Well eine Rede, in der er zu den außen- und innenpolitischen Fragen Stellung nahm. Cames nannte er den ersten Erfolg unserer Politik der Geduld. Innerpolitisch gab er der Hoffnung Ausdruck, daß in den nächsten Tagen ein Steuerkompromiß zustandekommen werde. In infolge der Haltung der Sozialdemokratie ein solches Kompromiß nicht möglich, dann wird unsere innere Politik scheitern, und man wird sich nach einer anderen Regierung umsehen müssen. Auf lange Tage einer Regierungsstille wird sich die Regierung nicht einlassen. Lieber wird sie in offener Feldschlacht fallen. Für politisches Integritätum ist heute kein Platz mehr. Die Zentrumspartei will sehr gern anderen einmal den Platz der Verantwortung überlassen. Sie wird dann niemals in eine grundsätzliche Opposition eintreten. Die Rede des Reichstanzlers wurde vom Parteitage mit stürmischem Beifall aufgenommen.

## Noch kein Kompromiß in der Steuerfrage.

Entgegen der Meldung der „Zeit“, daß gestern bereits zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ein Kompromiß in der Steuerfrage erzielt worden sei, erklären „Tagesblatt“ und „Vorwärts“, daß die Aussichten für ein Kompromiß noch völlig unklar seien. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird erst heute nachmittag endgültig Beschluß über die Haltung der Mehrheitssozialdemokraten in der Steuerfrage fassen.

## Die Konsolidierung der alliierten Schulden.

Der Finanzausschuss des amerikanischen Senats hat den Antrag betreffend die Konsolidierung der alliierten Schulden angenommen und zahlreiche Bestimmungen ausgesprochen, gegen die sich das Schwabamt wandte, namentlich die, daß der Zinsfuß nicht geringer als 5 Prozent sein dürfe. Im übrigen wurde der Gesetzentwurf in der Form genehmigt, die das Repräsentantenhaus angenommen hatte. Er sieht die Bildung eines Ausschusses vor mit der Befugnis, die Kriegsschulden entweder zu konsolidieren, oder den Verfalltag hinauszuschieben. — Sobald die Ermächtigung des Kongresses zur Öffnung der Verhandlungen über die während des Krieges von den Alliierten eingegangenen Schuldverpflichtungen vorliegt, wird die Regierung zunächst in Verhandlungen mit Großbritannien eintreten, um sodann mit anderen beteiligten Mächten zu verhandeln.

Der Senat hat eine Resolution Mac Cormick angenommen, in der das Staatsdepartement ersucht wird, eine Untersuchung über die europäische Finanzlage und die Wirkungen anzustellen, welche die Kondraktionen der europäischen Länder auf die europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten haben könnten. — „Daily Express“ schreibt zur Annahme der Resolution Mac Cormick durch den amerikanischen Senat, diese könne als die erste Antwort der Vereinigten Staaten auf die neue militärische Regierung Frankreichs angesehen werden. Die französische Politik drohe, die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands und damit Mitteleuropas für eine Generation zu verhindern. Ein Blick in die französische Presse von heute zeige die vollkommene Unfähigkeit der Franzosen, die Welt zu erkennen, in der die Menschheit seit Beendigung des Krieges lebe.

## Die Washingtoner Konferenz.

Nach einer Davosmeldung aus Washington hat der Ausschuss für den fernsten Osten die Verhandlungen über die 21 Forderungen Japans bis zur Regelung der Schantungkanäle beendet. Der Ausschuss ist in die allgemeine Debatte

über die Frage der Politik der offenen Tür eingetreten. Hughes soll nach einer Mitteilung aus gut unterrichteten Kreisen für die Beseitigung aller Einfluß-Sphären in China eintreten.

## Värmlingen

### in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung in Berlin kam es bei Beratung eines kommunikativen Antrages auf Änderung der Tagesordnung zu einer Beratung aufkommen und beschloß, die Tribünen eventuell durch die Volkshäuser räumen zu lassen. Nunmehr gelang es auf Vordringen der kommunikativen Stadtverordneten, die vorher die Tribünenbesucher in ihrem Widerstande bekräftigt hatten, die Tribünen zu räumen, worauf die Verhandlungen fortgesetzt werden konnten.

## Die Feuerungsbewegung der Beamten.

Die Reaktionsorgane über die Aufbesserung der Beamten- und Staatsangestelltenbesolde wird den Reichstag am 20. Januar beschäftigen.

### Eine Erklärung

#### des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

„Laut Freiheit“ erklären die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Verbande angeschlossenen Gewerkschaften, die an der Feuerungsbewegung der Beamten, Staatsangestellten und Arbeiter beteiligt sind, daß durch die vom Deutschen Beamtenbund und dem Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund dem Reichstag übermittelte Eingabe über die Beamtenforderungen die Einheitsfront der an den bisherigen Verhandlungen über eine Neuregelung der Bezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten beteiligten Verbände gesprengt worden sei. Durch dieses Vorgehen des Deutschen Beamtenbundes werde der Fortgang der mit der Reichsregierung noch schwebenden Verhandlungen über die Festsetzung der Feuerungszuschüsse aufs äußerste gefährdet.

### Erregte Stimmung in Sachsen.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, Bezirksleitung Sachsen, teilt mit: Aus allen Ortsgruppen des Bezirks erhalten wir die Nachricht, daß die Mitglieder, Beamte wie Arbeiter, die von der Regierung bewilligten Zulagen als völlig ungenügend ablehnen. Sie fordern den Verhandlungsausschuß auf, der Regierung gegenüber das unzureichende Ergebnis der Verhandlungen zu betonen, und, falls eine Einigung nicht möglich ist, die Arbeitsniederlegung auszusprechen. Aus dem aus einer der Ortsgruppen übermittelten Material für die Verhandlungen über die Hebertenerungsanschläge geht hervor, daß die Eisenbahnerarbeiter unter Zugrundelegung ihrer neuen Löhne in der überhöhten Zahl der Orte immer noch vier bis fünf Mark an Stundenlohn weniger als die Privatarbeiter erhalten. Genau so liegen die Verhältnisse bei den Beamten. Die von der Regierung zugelagten Hebertenerungsanschläge können keine ausreichende Hilfe bringen. Die Stimmung der Mitglieder im Lande ist äußerst erregt.

### Gärung unter den bairischen Eisenbahnern.

Eine Verammlung des Bayerischen Eisenbahnerbundes nahm einstimmig eine Entschliessung an, in der es heißt: Die Verammlung drückt ihr lebhaftes Bedauern aus, daß die Reichsregierung den Wünschen der Reichsbeamten und Reichsarbeiter bei der letzten Feuerungssaktion nicht mehr entgegenkommen gezeigt hat und daß die Jugendschiffe weit hinter dem zurückgeblieben sind, was den unteren und mittleren Gruppen des Staatsdienstpersonals hätte bewilligt werden können. Die Verammlung erwartet, daß die unbefriedigbare Notlage der Staatsbeamten und Staatsarbeiter alsbald durch eine durchgreifende Aufbesserung der Gehälter und Löhne einigermaßen erträglich gestaltet werde.

## Die Not des deutschen Zeitungswesens.

Die immer unerträglicher werdende Not des deutschen Zeitungswesens hatte am Montag und Dienstag dieser Woche Vertreter der deutschen Verlegerenschaft aus allen Teilen des Reiches zu ersten schwerwiegenden Beratungen in Potsdam zusammengeführt. Die Verammlung nahm nach ausgiebigen Besprechungen folgende Entschliessung einstimmig an:

Die in Potsdam zu einer Vorstands- und Delegiertenversammlung aus allen Teilen Deutschlands zahlreich zusammengekommenen Vertreter des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) e. V. fühlen, gedrängt von der Schwere der auf ihnen lastenden Verantwortung für die Erhaltung der deutschen politischen Tagespresse sich verpflichtet, mit erneutem Nachdruck auf die Gefahren hinzuweisen, von denen die deutsche Presse bedroht ist. Die Mittel und Kräfte privater Stützungs- und Alibiorganisationen sind in den verarmenden Jahren der Nachkriegszeit erschöpft und verbraucht. Mehr denn je ist es die Pflicht des Reiches, der Länder und ihrer beruflichen Führer und Staatsmänner, für die Erhaltung der deutschen politischen Tagespresse als eines der vornehmsten Mittel zur Wahrung unserer Einheit und zur Wiederaufrichtung unseres Volkes und Staates einzutreten. Die traurigen Folgen der Unte-